

younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Maria-Theresien-Straße 11, 1090 Wien

Herrn
Vizekanzler und Bundesminister Heinz-Christian Strache
BM für öffentlicher Dienst und Sport
Minoritenplatz 3
1010 Wien

Wien, 28. August 2018

Standort
A-1090 Wien
Maria-Theresien-Straße 11

Tel.: +431 31316
DW: 83611
Fax-DW: 99 83611

Zeichen: mi/mec

E-Mail:
barbara.mittermayr@younion.at
www.younion.at

Sie erreichen uns mit öffentlichen
Verkehrsmitteln, z. B. U2 (Station
Schottentor - Universität)

Gehaltsabkommen für 2019

Sehr geehrter Herr Vizekanzler!

Das derzeitige Gehaltsabkommen für alle öffentlich Bediensteten läuft mit 31. Dezember 2018 ab.

Die younion _ Die Daseinsgewerkschaft schließt sich im Einvernehmen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst dem Ersuchen um Aufnahme von Verhandlungen betreffend die Erhöhung der Bezüge der öffentlich Bediensteten für 2019 an.

Österreich weist eine stabile wirtschaftliche Entwicklung auf und ist für viele internationale Konzerne ein attraktiver Standort. Hohe Lebensqualität aufgrund bestens funktionierender öffentlicher Verwaltung in den Ländern und Gemeinden, eine sehr gute Gesundheitsversorgung, eine hervorragende leistbare Infrastruktur, sind nur einige Argumente, die für den Standort Österreich sprechen.

Die öffentlich Bediensteten der Länder und Gemeinden sorgen dafür, dass trotz der mittlerweile in vielen Bereichen schwierigen Personalsituation durch großen Einsatz, die Qualität der Leistungen erhalten bleibt oder sogar ausgebaut wird.

Internationale Rankings, Studien und Bewertungen stellen der österreichischen öffentlichen Verwaltung regelmäßig ein hervorragendes Zeugnis aus.



Die außer Streit zu stellenden Erkenntnissen der Wirtschaftsforschungsinstitute bezüglich Inflationsrate und Wirtschaftswachstum sollen auch die andauernden, besonderen Belastungen aller öffentlich Bediensteten quer über alle Gebietskörperschaften berücksichtigt werden.

Die younion _ Die Daseinsgewerkschaft fordert für alle Bediensteten der Länder und Gemeinden eine entsprechend nachhaltige monetäre Abgeltung, damit soll die Kaufkraftsteigerung für die Bediensteten sichergestellt werden.

Im Sinne der Vereinbarung über den Artikel 21 der Bundesverfassung bezüglich einer kooperativen Lohnpolitik aller Gebietskörperschaften, sowie des Beschlusses der Landeshauptmännerkonferenz vom 12. Juni 2002 wird ersucht, zu diesen Verhandlungen die Vertreter der Länder, des Städte- und Gemeindebundes sowie Vertreter der younion _ Die Daseinsgewerkschaft einzuladen.

Als Sozialpartner drängen wir weiter darauf, die Ergebnisse der Besoldungsverhandlungen, die bei den Verhandlungen zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung, der Länder, Städte- und Gemeindebund einerseits und der Gewerkschaft öffentlicher Dienst mit der younion _ Die Daseinsgewerkschaft andererseits erzielt werden, ausnahmslos zu übernehmen.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass durch die Streichung des Homogenitätsprinzips, zwar die Möglichkeit geschaffen wurde, regionalen Bedürfnissen Rechnung zu tragen und eigene Besoldungssysteme zu gestalten. Die Entkoppelung von den jährlich verhandelten Erhöhungen war jedoch nicht Intention bei der Gesetzeswerdung.

Daher muss das Verhandlungsergebnis für alle Gebietskörperschaften Gültigkeit haben.



Wir treten erneut mit der Forderung heran wieder eine homogene Vorgehensweise im Interesse der Gemeindebediensteten zu garantieren.

Die youunion _ Die Daseinsgewerkschaft ersucht um rasche Aufnahme von Gehaltsverhandlungen, damit das Abkommen mit 01. Jänner 2019 umgesetzt werden kann.

Hochachtungsvoll

Ing. Christian Meidlinger
Vorsitzender

Nachrichtlich an:

Bundeskanzler Sebastian Kurz

Bundesminister Hartwig Löger

Generalsekretär Mag. Roland Weinert

Verbindungsstelle der Bundesländer

Städtebund/Gemeindebund